Vorabend-Blatt

65. Jahrgang. № 526. Sonnabend, 18. Dezember 1920.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hupfeld Waisenhaus-Str. 24 — Urteile und Literatur kostenlos — Der Phonola-Flügel — Das vollkommenste Instrument — Rönisch Waisenhaus-Str. 24

Sowjetkrise?

Heftige Angriffe gegen Lenin.

Kopenhagen, 17. Dez. Die „Nationaltidende" meldet aus Helsingfors: Die Gegensätze in der bolschewistischen Partei verschärfen sich mit jedem Tage. Die Opposition gegen Lenin und das Zentralkomitee gewinnt täglich mehr Anhänger. Auf dem letzten Parteikongreß in Moskau trennte sich die Opposition von den Bolschewisten und hielt einige Sitzungen ab. Lenin fand sich auch in diesen Sitzungen ein und wies die Beschuldigungen zurück, die man gegen das Zentralkomitee erhob. Er gab zu, daß die Anklage gegen das Sowjetsystem, es sei zu bureaukratisch, nicht vollkommen unbegründet sei. Er entschuldigte jedoch diesen Fehler damit, daß die Arbeiter noch nicht gelernt hätten, den Staat zu regieren. Mehrere Oppositionsredner richteten heftige Angriffe gegen Lenin und namentlich gegen das von ihm eingeführte Zwangssystem. Lenin antwortete in einer sehr heftigen Rede.

Vereinigung der Sowjets in Sibirien.

London, 17. Dez. Eine Reuter-Meldung aus Tokio besagt: die Regierung von Wladiwostok habe beschlossen, sich mit der ostsibirischen Sowjetregierung in Tschita zu vereinigen. In zuständigen japanischen Kreisen wird erklärt, die Regierung erwäge deshalb die Zurückziehung der in diesem Gebiete stehenden 20 000 Mann.

Die oberschlesische Abstimmung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 17. Dez. Der Botschafterrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Volksabstimmung in Oberschlesien. Da der Vorschlag, die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten in Köln abstimmen zu lassen, sowohl von der deutschen, als auch von der polnischen Regierung abgelehnt wurde, wurde beschlossen, daß die nicht ortseingesessenen Stimmberechtigten 14 Tage nach der Abstimmung der Bewohner von Oberschlesien gemäß den Bestimmungen des Vertrages in den Heimatsgemeinden abstimmen sollen. Wie das „Echo de Paris" mitteilt, muß die Genehmigung der italienischen Regierung eingeholt werden. Man zweifle aber nicht daran, daß diese erfolgen wird.

Die deutsche Regierung kann sich auch hiermit nicht abfinden. Auch diese Regelung bedeutet eine Verletzung des Friedensvertrages. Es ist auch gar nicht einzusehen, weshalb die Abstimmung nicht an einem und demselben Tage stattfinden soll, wenn schon die im Reiche lebenden Oberschlesier in ihrer Heimat abstimmen sollen. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung kann nicht entscheidend sein. Sie ist ohnehin notwendig und wird durch die Ansetzung von zwei Abstimmungstagen höchstens gefährdet. Fast scheint es, als ob gerade das die Absicht der Franzosen wäre. Da die Aussichten für Polen sehr schlecht geworden sind, sollen offenbar alle nur denkbaren Tricks versucht werden, um die Abstimmung zu fälschen. Auch die fortwährende Hinausschiebung des Abstimmungstermins erklärt sich, wie dem Pariser „Progrès" zu entnehmen ist, daraus, daß die Stimmung in Oberschlesien durch den Tiefstand der polnischen Mark äußerst ungünstig beeinflußt ist. In Polen machten alle Kreise die größten Anstrengungen, die reichsdeutsche Mark aufzukaufen. — Wie uns hierzu noch die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier mitteilen, halten die im Reiche lebenden Oberschlesier einmütig und unerschütterlich an ihrer Forderung fest, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien für alle Oberschlesier am gleichen Tage an dem Geburtsorte stattfindet. Die Oberschlesier haben die Regierung auch darüber nicht im Zweifel gelassen, daß sie unter keinen Umständen von diesem Entschlusse abgehen.

Die Volksabstimmung dürfte, sicherem Vernehmen nach, in der dritten Januarwoche stattfinden. Ungeheure Mittel sind dazu erforderlich, um diese mehrere hunderttausend zählenden Oberschlesier in das Abstimmungsgebiet zu bringen. Aufs neue wird daher an die Opferwilligkeit des deutschen Volkes appelliert, und es steht wohl zu erwarten, daß auch diesmal die notwendigen Mittel durch freiwillige Spenden aufgebracht werden, denn Reichsgelder dürfen dafür bekanntlich nicht verwendet werden. Die Grenzspendensammlung in der Kreishauptmannschaft Dresden im Juli hat übrigens einen Reingewinn von 316 721,38 Mk. ergeben. Allerdings hat die Beförderung der Abstimmungsberechtigten nach Ost- und Westpreußen, die größtenteils über See befördert werden mußten, enormes Geld gekostet. Es geht nun an alle die Bitte der Grenzspende, Mittel zuführen zu wollen. Vereine werden gebeten, Veranstaltungen und Sammlungen zum Besten der Grenzspende vorzubereiten; auch an die Sportvereine ergeht der Ruf, Fußballspiele zum gleichen Zwecke zu veranstalten.

Die Sprengung des Kaiserdenkmals in Kattowitz.

Wie die „Voss. Ztg." aus Breslau meldet, hat der Berg- und Hüttenmännische Verein in Kattowitz für die Ermittlung der Verbrecher, die das Kaiser-Denkmal in die Luft gesprengt haben, eine Belohnung von 30 000 Mark ausgesetzt.

Der neue Prozeß Erzberger-Helfferich.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Leipzig, 17. Dez. Vor dem Strafsenat des Reichsgerichts begann heute der Beleidigungsprozeß Helfferich gegen Erzberger unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Ebermeyer. Angefochten ist sowohl von dem Angeklagten als von dem Nebenkläger (Erzberger), welche beide Revision eingelegt haben, aber nicht erschienen sind, das Urteil des Berliner Landgerichts vom 12. März 1920. Helfferich wird durch Dr. Alsberg, Erzberger durch Justizrat Löwenstein, Berlin, vertreten. Die Verhandlungen, zu denen sich etwa 50 Zuhörer gegen Eintrittskarte und zahlreiche Vertreter der Presse eingefunden haben, werden den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Das Urteil wird voraussichtlich erst morgen gefällt.

Die Erhöhung der Verkehrstarife.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 17. Dez. Die Vorlage auf Erhöhung aller Tarife ist aus dem Reichsverkehrsministerium dem Reichskabinett zugegangen. Ihre Verabschiedung im Reichstag soll schon Anfang Januar erfolgen. Ueber ihren Inhalt wird Stillschweigen bewahrt.

Berlin, 17. Dez. In der Deutschen Landwirtschaftlichen Vereinigung sprach gestern der Reichsverkehrsminister, der außer einer Tariferhöhung im Güterverkehr auch eine solche kleineren Umfanges im Personenverkehr ankündigte. Er illustrierte die Verhältnisse der Eisenbahnen durch folgende Ziffern: Tariferhöhung vier- bis fünffach, Kohlen 19 fach, Eisen 30 bis 40 fach, Schwellen 31 fach usw.

Eine Wohnungssteuer in Berlin.

Berlin, 17. Dez. Der Berliner Magistrat hat eine Wohnungssteuer in Aussicht gestellt. Diese soll so berechnet werden, daß für jede Person eines Haushaltes, einschließlich der Dienstboten, sofern es nicht mehr als zwei sind, je ein Zimmer und für den gesamten Haushalt ein weiteres Zimmer steuerfrei bleibt. Ueber diesen Normalbedarf hinaus werden besteuert: ein Zimmer mehr mit 500, zwei Zimmer mehr mit 1000, drei Zimmer mehr mit 2000, vier Zimmer mehr mit 5000, fünf Zimmer mehr mit 10 000, für jeden weiteren Wohnraum 5000 Mk. Die Steuer soll am 1. Januar 1921 in Kraft treten.

Generalstreik in Halle.

Halle, 16. Dez. Heute mittag sind die Arbeiter hiesiger industrieller Betriebe in den Streik getreten, angeblich im Zusammenhang mit der heute früh erfolgten Verhaftung des politischen Redakteurs des „Volksblattes" Dr. Stern. Heute nachmittag haben auch die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes die Arbeit niedergelegt. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb eingestellt. (W. T. B.)

Nach Blättermeldungen aus Halle fanden dort am Donnerstag abend Versammlungen der Arbeiterschaft statt, die beschlossen, den Streik wegen der Verhaftung des kommunistischen Redakteurs Dr. Stern zum Generalstreik für ganz Mitteldeutschland, insbesondere für das Kohlenrevier, zu machen.

Die Kommunisten haben mit Unterstützung der Unabhängigen in der preußischen Landesversammlung einen Antrag eingebracht, der sich gegen die Verhaftung und Ausweisung Dr. Sterns wendet, weil dadurch das Verhältnis zwischen der deutschen und der österreichischen Republik gestört (!) würde.

Gegen den Untersuchungsausschuß.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 17. Dez. Die Deutschnationalen nehmen Stellung gegen die Wiederaufnahme der Sitzungen der parlamentarischen Untersuchungskommission über die Schuld am Kriege. Man hofft auf eine teilweise Unterstützung durch die Zentrums-Partei, soweit eine Fortsetzung der öffentlichen Vernehmungen in Frage kommt.

Verschlavt.

Breslau, 16. Dez. Nach der „Schlesischen Ztg." hat der von den französischen Soldaten schwerverletzte Oberprimaner Reh von der französischen Behörde eine Entschädigung von 200 Mark (!) erhalten.

Für die Beschmutzung der Dienströcke der französischen Kontrolloffiziere in Cuxhaven mußte Deutschland 20577 Mark bezahlen!

Das neue ungarische Kabinett.

Budapest, 17. Dez. Das neue Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Graf Telecki, gleichzeitig mit der vorläufigen Führung des Ministeriums des Aeußeren, sowie des Ministeriums der nationalen Minderheiten betraut; Inneres: Ferdinandy; Finanzen: Roland Hegedüs; Ackerbau: Szabo Megnatadi, gleichzeitig vorläufiger Landwirtschaftsminister, Landesverteidigung: General Belitska; Justiz: Tomcsanyi; Kultus: Vass, gleichzeitig vorläufiger Ernährungsminister; Volkswohlfahrt: Benard. Das neue Kabinett leistete gestern abend den Eid.

Die deutschen Vorschläge in Brüssel.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Brüssel, 17. Dez. Der Brüsseler „Soir" meldet: Die deutsche Delegation der Konferenz schlägt in ihrem Bericht Jahreszahlungen von 10 Milliarden Mark und die Höchstnomierung der Gesamtschulden auf nicht über 100 Milliarden Mark vor.

Die erste Sitzung.

(Für einen Teil der Leser wiederholt.)

Brüssel, 16. Dez. (Amtlicher Ententebericht vom 16. Dezember mittags.) Die erste Sitzung der internationalen Sachverständigenkonferenz fand heute vormittag 10 Uhr im Akademiepalais statt. Die deutschen Delegierten Bergmann und Havenstein, sowie mehrere Sachverständige waren anwesend. Die deutsche Delegation gab dem Wunsche Ausdruck, zuerst einen allgemeinen Ueberblick über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches zu geben. Staatssekretär Schröder machte die Ausführungen und erläuterte die Denkschriften, die der Konferenz überreicht worden sind, und welche die budgetären Anforderungen, die steuerlichen Belastungen, den Stand der Einnahmen und Ausgaben und die Vermehrung der schwebenden Schuld seit Ende des Krieges erläutern. Mehrere Mitglieder der Konferenz stellten über diese Gegenstände Fragen und erbaten Erklärungen und ergänzende Dokumente.

Havenstein über die deutsche Ausfuhr.

Brüssel, 16. Dez. Unter den Ausführungen, die Reichsbankpräsident Havenstein über die Valutafrage machte, war besonders bemerkenswert die Richtigstellung derjenigen Zahlen, welche auf der letzten Brüsseler Finanzkonferenz über den Wert der deutschen Ein- und Ausfuhr im ersten Halbjahr 1920 angegeben worden sind. Anstatt einer aktiven Handelsbilanz hat sich auf Grund der angestellten Nachprüfung im besagten ersten Halbjahr ein Zurückbleiben der Ausfuhr hinter der Einfuhr von nicht weniger als durchschnittlich 6 Milliarden Mark monatlich ergeben. Zum Schlusse seiner Ausführungen erklärte Havenstein, daß eine Besserung der deutschen Valuta nur aus einer Besserung der Zahlungsbilanz erfolgen könne. Diese beruhe vor allem auf der Arbeit, deren Vorbedingung freie Exportmöglichkeit sei. Endlich müsse die Kriegsentschädigung von Deutschland so berechnet werden, daß sie auch getragen werden könne.

Daß die deutsche Regierung auf der Brüsseler Finanz-Konferenz falsche Zahlen über die deutsche Handelsbilanz geben konnte, ist eigentlich ein Skandal. Ganz unverständlich aber ist es, daß die Regierung, als diese Zahlen im Reichstag angezweifelt wurden, die unwirsche Antwort gab, sie wären richtig. Man kann nur wünschen, daß die Darlegungen Havensteins in Brüssel den rechten Eindruck gemacht haben.

Einstellung der deutschen Ausgleichszahlungen.

(Für einen Teil der Leser wiederholt.)

Berlin, 16. Dez. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Note überreicht, in der es heißt: Nach § 11 der Anlage zu Artikel 296 des Friedensvertrages findet im Schuldenausgleichsverfahren mit den alliierten Staaten eine monatliche Verrechnung zwischen den Ausgleichsämtern statt, wobei die sich zu Lasten Deutschlands ergebenden Passivsalden jedesmal binnen einer Woche durch Barzahlung zu begleichen sind. Da die Beschaffung der für die Abdeckung der Debetsalden erforderlichen Devisen immer größere Schwierigkeiten verursacht, und namentlich die Durchführung des Ernährungsprogramms der deutschen Regierung ernstlich in Frage stellt, hat diese sich genötigt gesehen, Mitte Oktober an die britische und die französische Regierung mit dem Antrag heranzutreten, daß die künftig entstehenden deutschen Debetsalden bis auf weiteres fortlaufend auf das nächste Monatskonto vorgetragen werden möchten. Beide Regierungen haben diesen Antrag abgelehnt.

Das deutsche Ausgleichsamt hat nun die beteiligten fremden Ausgleichsämter benachrichtigt, daß es bis auf weiteres von der Barzahlung der im Dezember fällig gewordenen Salden absehen muß. Der enge Zusammenhang mit der Frage der Reparationspflicht macht es nach Auffassung der deutschen Regierung erforderlich, daß sich neben den unmittelbar beteiligten alliierten Regierungen auch die Reparationskommission mit der Angelegenheit befaßt und diese an Hand des in der Anlage enthaltenen Materials prüft. Die deutsche Regierung bittet die Reparationskommission deshalb, alsbald in diese Prüfung einzutreten und auf die beteiligten alliierten Regierungen dahin einzuwirken, daß sie den deutschen Standpunkt anerkennen. (W. T. B.)

Der Prozeß wegen der Kaiserbriefe.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Dez. Ueber die Kaiserbriefe im dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen Bismarcks" verhandelte heute das hiesige Landgericht. Justizrat Löwenfeld beantragte als Vertreter des Kaisers den Schutz des Urheberrechts an den einzelnen Briefen, die von dem damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm und von dem späteren Kaiser wiedergegeben sind. Demgegenüber vertrat der Anwalt der beklagten Cottaschen Verlagsanstalt Justizrat Heinitz den Standpunkt, daß es